

<u>TUD-Gesetz vom 05.12.2004</u>	<u>Neufassung</u>	<u>Begründung</u>
ERSTER TEIL Grundlagen	ERSTER TEIL Grundlagen	
§ 1 Zielsetzung	§ 1 Zielsetzung	
<p>(1) Ziel dieses Gesetzes ist, die organisatorische Fortentwicklung der Technischen Universität (TU) Darmstadt zu fördern, um ihre Eigenverantwortung zu stärken und neue Entscheidungsstrukturen modellhaft zu erproben. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen sollen zur Weiterentwicklung des hessischen Hochschulwesens genutzt werden.</p> <p>(2) Die TU Darmstadt ist verpflichtet, die Studierenden in angemessener Zeit zum Studienerfolg zu führen, indem sie sicherstellt, dass die Studierenden das in den Studienplänen und -ordnungen vorgesehene Lehrangebot tatsächlich in ausreichendem Maße und ohne zeitliche Verzögerung wahrnehmen können. Sie intensiviert die Beratung und Betreuung der Studierenden durch den Ausbau ihres Studien- und Prüfungsbegleitsystems. Die Beratungsgespräche mit den Studienanfängerinnen und -anfängern sollen ihre Qualifikation und die spezifischen Anforderungen der Studiengänge einbeziehen.</p> <p>(3) Die Studierenden verpflichten sich mit der Einschreibung, die Beratungsangebote und Prüfungstermine wahrzunehmen. Das Nähere regelt der Senat durch Satzung.</p>	<p>(1) Ziel dieses Gesetzes ist, die organisatorische Weiterentwicklung der Technischen Universität (TU) Darmstadt als Universität des Landes Hessen zu fördern, ihre Autonomie zu stärken, das Engagement und die Eigenverantwortung ihrer Mitglieder zu unterstützen und handlungsfähige Entscheidungsstrukturen sicherzustellen.</p> <p>(2) Die TU Darmstadt ist verpflichtet, die Studierenden in angemessener Zeit zum Studienerfolg zu führen, indem sie sicherstellt, dass die Studierenden das in den Studienplänen und -ordnungen vorgesehene Lehrangebot tatsächlich in ausreichendem Maße und ohne zeitliche Verzögerung wahrnehmen können. Sie intensiviert die Beratung und Betreuung der Studierenden durch den Ausbau ihres Studien- und Prüfungsbegleitsystems. Die Beratungsgespräche mit den Studienanfängerinnen und -anfängern sollen ihre Qualifikation und die spezifischen Anforderungen der Studiengänge einbeziehen.</p> <p>(3) Die Studierenden verpflichten sich mit der Einschreibung, die Beratungsangebote und Prüfungstermine wahrzunehmen. Das Nähere regelt die Hochschule durch Satzung.</p> <p>(4) Die Hochschule ist verpflichtet, gemäß ihrem Leitbild zur Entwicklung von Wissenschaft und Technologie und zur Sicherung eines nachhaltigen Wohlstands beizutragen. Sie konzentriert sich hierbei in besonderer Weise auf Technik, ihre wissenschaftli-</p>	<p>Neben dem unverändert bestehenden bleibenden § 1 Abs. 2, der die lehrbezogenen Verpflichtungen der TU Darmstadt regelt, wird mit dem neuen § 1 Abs. 4 nunmehr, auch aufgrund des Wunsches des Präsidiums der TU Darmstadt, eine Vorschrift mit den gemäß dem Leitbild der TU bestehenden wesentlichen forschungs- und lehrbezogenen Verpflichtungen der Hochschule in das Gesetz aufgenommen.</p>

	chen Grundlagen sowie ihre gesellschaftliche Einbettung. Sie strebt nach Exzellenz in der Forschung sowie in der wissenschaftlichen, forschungsnahen Bildung und Ausbildung und nach einem intensiven Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft.	<i>Gesellschaftl. Organismus</i>
<p>§ 2</p> <p>Rechtsstellung, Satzungshoheit, Selbstverwaltung</p>	<p>§ 2</p> <p>Rechtsstellung, Satzungshoheit, Rechtsaufsicht</p> <p>(1) Die TU Darmstadt ist als Universität des Landes rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts.</p> <p><i>TU D - Staatlich is personal verwalter</i></p> <p>(2) Die Hochschule kann insbesondere zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers, zur Unterstützung von Existenzgründungen der Absolventinnen und Absolventen, zum Ausbau der Weiterbildungsangebote und zur Effizienzsteigerung der Hochschulverwaltung Rechtssubjekte gründen oder sich an Rechtssubjekten beteiligen und hierfür Hausmittel verwenden; das Ministerium ist entsprechend § 102 der Hessischen Landeshaushaltsordnung in der Fassung vom 15. März 1999 (GVBl. I S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2007 (GVBl. I S. 908), zu unterrichten. Aus Haushaltsmitteln beschaffte Gesellschaften oder Gesellschaftsanteile sind Teil des Landesvermögens. § 92 der Hessischen Landeshaushaltsordnung gilt entsprechend. Die Beteiligungserfordernisse nach § 65 der Hessischen Landeshaushaltsordnung gelten entsprechend, soweit die eingesetzten Mittel fünf vom Hundert des Landeszuschusses der Hochschule übersteigen.</p>	<p>Der Wegfall der gegenüber der bisher geltenden Fassung des § 2 Abs. 1 entfallenen Regelungen folgt daraus, dass diese nunmehr in § 8 des Hessischen Hochschulgesetzes aufgenommen wurden.</p> <p>Mit den Regelungen in Abs. 2 Satz 3 und 4 wird klar gestellt, dass bei einer Gründung von Rechtssubjekten oder Beteiligung an Rechtssubjekten durch die TU Darmstadt § 65, abhängig von der Höhe der eingesetzten Mittel, und § 92 der Landeshaushaltsordnung weiterhin Anwendung finden. Da die Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofs weder die Autonomie der Hochschule einschränken noch die Effizienz der Verfahrensabläufe behindern, bestehen sie unabhängig von der Höhe der eingesetzten Mittel.</p> <p>Abs. 4 erweitert die Abweichungsbefugnisse der TU Darmstadt vom HHG durch Satzung und orientiert sich dabei an den Regelungen für die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main (§ 84 HHG). Der bisherige Abs. 4 kann wegen der Flexibilisierung der Veröffentlichung von Satzungen in § 31 Abs. 4 HHG (neu) entfallen.</p> <p>Mit Abs. 5 wird analog zu der Regelung für die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main in § 84 Abs. 5 HHG für den Fall, dass die Anlage 2 zur KapVO keine Vorgaben enthält, die Zuständigkeit zur Festsetzung der Anteilsquoten sowie zur Festlegung von Curricularnormwerten auf die TUD übertragen. Satz 2 lässt das nach Abs. 3 Satz 1 für die TUD grundsätzlich ausgeschlossen Weisungsrecht in Auftragsangelegenheiten als Mittel der Fachaufsicht für diesen Bereich wieder aufleben. Dies ist in Hinblick auf die</p>

<p>(3) Die Zuständigkeiten des Ministeriums nach § 94 des Hessischen Hochschulgesetzes gehen mit Ausnahme der Genehmigung der Grundordnung auf das Präsidium über; das schließt die Erfüllung von Verpflichtungen nach § 94 Abs. 2 ein. § 93 Abs. 3 findet keine Anwendung.</p>	<p>(3) Das Ministerium übt die Aufsicht nach § 10 des Hessischen Hochschulgesetzes vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] aus; § 10 Abs. 3 und § 11 Abs. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes finden keine Anwendung.</p>	<p>verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen und die Interessen des gesamten Landes sowie zur Sicherstellung der Einhaltung der Verpflichtungen des Landes notwendig.</p>
<p>(4) Satzungen sind im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veröffentlichen; das Präsidium kann beschließen, dass sie stattdessen in der Universitätszeitung veröffentlicht werden.</p>	<p>(4) Durch Satzung kann die Hochschule</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Berufungsverfahren abweichend von § 63 des Hessischen Hochschulgesetzes regeln, 2. von der nach § 69 des Hessischen Hochschulgesetzes erlassenen Lehrverpflichtungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung abweichende Regelungen treffen, 3. von § 12 Abs. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes abweichende Regelungen zur Qualitätssicherung treffen, 4. auf der Grundlage des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der Fassung vom 12. Januar 2004 (GVBl. I S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. November 2008 (GVBl. I S. 970), Gebühren erheben. <p>(5) Die Zuständigkeiten des Ministeriums nach den § 12 Abs. 2 und § 13 Abs. 3 S. 1 der Kapazitätsverordnung vom 10. Januar 1994 (GVBl. I S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Juni 2005 (GVBl. I S. 532), werden auf die Hochschule übertragen. § 10 Abs. 3 des Hessischen Hochschulgesetzes findet insoweit Anwendung.</p>	<p>nicht durch Satzungen geregelt, sondern auf Grundordnung Prinzip: Lehre + Forschung = 1 Einheit - Prof. Goll nicht von Lehre befreit werden können</p>
<p>(5) Soweit dieses Gesetz oder die Grundordnung keine Regelung trifft, findet das Hessische Hochschulgesetz Anwendung.</p>	<p>(6) Soweit dieses Gesetz oder die Grundordnung keine Regelung trifft, findet das Hessische Hochschulgesetz Anwendung.</p>	
<p>§ 3 Personalangelegenheiten</p>	<p>§ 3 Personalangelegenheiten</p>	<p>§ 3 Abs. 3 bis 8 treffen aufgrund der Übertragung der</p>
<p>(1) Die Zuständigkeiten für die Personalangelegenheiten</p>	<p>(1) Die TU Darmstadt besitzt Dienstherrnfähigkeit im</p>	

heiten der TU Darmstadt überträgt das Ministerium der Hochschule. Bei Ernennungen von Professorinnen und Professoren gilt dies für Bewerberinnen und Bewerber, die bereits verbeamtet sind. Die Regelungen des Hessischen Hochschulgesetzes über die Dienstvorgesetzeneigenschaft und die Personalentscheidungen bleiben im Übrigen unberührt.

(2) Professorinnen und Professoren, die nicht bereits verbeamtet sind, sollen in ein Angestelltenverhältnis berufen werden. Die Berufung der Professorinnen und Professoren erfolgt nach § 72 des Hessischen Hochschulgesetzes, soweit in diesem Gesetz oder der Grundordnung nichts Abweichendes geregelt ist; das Präsidium kann mit Zustimmung des Hochschulrates von einzelnen Bestimmungen des § 72 abweichen. An die Stelle des Ministeriums tritt die Präsidentin oder der Präsident der TU Darmstadt.

(3) Der Hochschulrat wird über die Berufungsverfahren unterrichtet. Er kann die erneute Beratung oder eine Neuausschreibung verlangen und sich die Beteiligung der Auswahlentscheidung vorbehalten.

Sinne des § 3 des Hessischen Beamtengesetzes. Die Beamtinnen und Beamten werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten ernannt.

(2) Professorinnen und Professoren sowie die hauptberuflichen Mitglieder des Präsidiums, die nicht bereits verbeamtet sind, sollen in ein Angestelltenverhältnis berufen werden. Die sich hieraus ergebenden zusätzlichen Kosten werden vom Land nach Maßgabe einer vertraglichen Regelung erstattet.

(3) Die an der TU Darmstadt tätigen Beamtinnen und Beamten des Landes mit Ausnahme der dorthin abgeordneten sind mit Wirkung vom 1. Januar 2010 Beamtinnen und Beamte der TU Darmstadt.

(4) Die Arbeits- und Auszubildendenverhältnisse der an der TU Darmstadt tätigen Beschäftigten im Landesdienst gehen mit Wirkung vom 1. Januar 2010 mit allen Rechten und Pflichten auf die TU Darmstadt über. Die Arbeits- und Auszubildendenverhältnisse werden unter Anerkennung der beim Land erworbenen arbeits- und tarifvertraglichen Rechte fortgeführt, soweit nicht künftiges Tarifrecht der TU Darmstadt dem entgegensteht. Dienstvereinbarungen gelten fort.

(5) Die TU Darmstadt hat das Recht, eigene Tarifverträge abzuschließen. Tarifabschlüsse, die von den Tarifabschlüssen des Landes abweichen, bleiben ohne Auswirkungen auf die Höhe der Finanzierung durch das Land. Für neu einzustellende Beschäftigte

Dienstherrnfähigkeit in Abs. 1 notwendige Übergangs- und Detailregelung in Entsprechung zu den Regelungen für die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main in § 88 Abs. 3 bis 9 HHG.

Der bisherige Abs. 3 entfällt, da sich eine Befassung des Hochschulrats mit allen, also auch regulären, nach § 63 HHG durchgeführten Berufungen als nicht notwendig erwiesen hat. Insbesondere zeigen die Erfahrungen mit den Berufungsverfahren der letzten Jahre auf der Grundlage der mit der Novellierung des HHG im Jahr 2004 übertragenen Berufungsrechts, dass im Verhältnis zwischen den Präsidenten und Fachbeurteilern die Verantwortung für die Sicherstellung von Neutralität und Qualität von Berufungsverfahren so ernst genommen wird, dass in Regelfällen keine weitergehende Qualitätssicherung durch den Hochschulrat notwendig ist.

TU-Darmstadt soll
nicht Arbeitsgeber
werden

Präsi soll nicht oberster
Dienstherren werden
HSR soll Präsi nicht
überlegen können

		oder der Vorsitzende des Hochschulrates. Dienstvorsetzte oder Dienstvorsetzter des übrigen Hochschulpersonals ist die Präsidentin oder der Präsident.	
Grundstücks- und Bauangelegenheiten § 4	Grundstücks- und Bauangelegenheiten § 4	<p>(1) Die TU Darmstadt ist für ihre Grundstücks- und Bauangelegenheiten selbst zuständig. § 9 Abs. 1 sowie Abs. 2 Satz 1 des Hessischen Hochschulgesetzes bleiben unberührt.</p> <p>(2) Die Hochschule erhält für Baumaßnahmen und Geräteinvestitionen jährlich 25,5 Millionen Euro Landesmittel als Zuweisung zum Wirtschaftsplan zur eigenen Verwaltung. Baupreissteigerungen werden im Rahmen des landesüblichen Regelverfahrens berücksichtigt. Erforderliche Flexibilisierungen der Jahresraten erfolgen im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung. Die anteiligen Landesmittel für anerkannte Forschungsbauten nach Art. 91b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Grundgesetz werden der TU Darmstadt zusätzlich bereitgestellt.</p> <p>(3) Die Hochschule ist nach Maßgabe der Landeshaushaltsordnung berechtigt, die ihr zur Nutzung überlassenen Landesgrundstücke zu veräußern oder Grundstücke für das Land zu erwerben. Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Hochschule Erbbaurechte einräumen und erwerben. Die Zustimmungserfordernisse nach der Landeshaushaltsordnung finden keine Anwendung. Das Ministerium und der Landtag sind über die getätigten Grundstücksgeschäfte jährlich zu unterrichten. Die Erlöse verstärken die Investitionsmittel der Hochschule.</p> <p>(4) Durch Rechtsverordnung des Ministeriums im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen kann der Hochschule das Eigentum an Grundstücken des Landes übertragen werden.</p>	<p>Die Änderungen des Abs. 1 sind redaktioneller Art. Die in Abs. 2 genannten Mittel in Höhe von 25,5 Millionen Euro für Baumaßnahmen beinhalten 5,5 Millionen Euro als Kompensation für weggefallene Bundesmittel nach dem Hochschulbauförderungsgesetz und entsprechen dem Anteil der TU Darmstadt am HEUREKA-Programm für die Realisierung ihres Bauprogramms, sowie 3 Mio. Euro für Geräteinvestitionen. Die Verpflichtungen des Landes hinsichtlich der Finanzierung der Sanierung des Schlosses und des Neubaus der Universitäts- und Landesbibliothek sowie Maßnahmen im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms des Landes sowie des Konjunkturpakets II bleiben unberührt.</p> <p>§ 4 Abs. 3 ergänzt die bereits bestehende Möglichkeit der Veräußerung von Landesgrundstücken um die Möglichkeit des Erwerbs von Grundstücken für das Land. Die Möglichkeit des Erwerbs und der Veräußerung von Grundstücken aus dem Eigenvermögen der Hochschule wird durch diese Regelung nicht berührt, sie ergibt sich aus Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes.</p> <p>Durch die ausdrückliche Einräumung der Befugnis zum Einräumen und Erwerben von Erbbaurechten in Abs. 3 Satz 2 bedarf es im Einzelfall keiner Einwilligung des Hessischen Ministeriums der Finanzen nach § 64 Abs. 4 Satz 2 LHO mehr.</p> <p>Der bisherige Abs. 3 Satz 5 kann entfallen, da keine ausstehenden Rückzahlungsansprüche nach dem mit Ablauf des Jahres 2006 faktisch außer Kraft getretenen Hochschulbauförderungsgesetz mehr denkbar sind.</p> <p>Abs. 4 eröffnet die Möglichkeit zur Übertragung des</p>
<p>(1) Die Zuständigkeiten für die Grundstücks- und Bauangelegenheiten der TU Darmstadt überträgt das Ministerium der Hochschule; § 90 des Hessischen Hochschulgesetzes bleibt unberührt.</p> <p>(2) Die Hochschule erhält für Bau- und Geräteinvestitionen sowie für die Bauunterhaltung jährlich 20 Millionen Euro Landesmittel als Zuweisung zum Wirtschaftsplan zur eigenen Verwaltung. Die Hochschule hat geeignete Regelungen zur Korruptionsvermeidung zu treffen.</p> <p>(3) Die Hochschule ist nach Maßgabe der Landeshaushaltsordnung berechtigt, die ihr zur Nutzung überlassenen Landesgrundstücke zu veräußern. Die Zustimmungserfordernisse nach der Landeshaushaltsordnung finden keine Anwendung. Das Ministerium und der Landtag sind über die getätigten Grundstücksgeschäfte jährlich zu unterrichten. Die Erlöse verstärken die Investitionsmittel der Hochschule. Rückzahlungsansprüche des Bundes nach dem Hochschulbauförderungsgesetz sind auszugleichen.</p>			

	<p>gelten bis zum Abschluss eigener kollektiver arbeitsrechtlicher Regelungen die arbeits- und tarifvertraglichen Bestimmungen des Landes.</p> <p>(6) Die beim Land in einem Beamten-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis zurückgelegten Zeiten werden bei einem Wechsel zur TU Darmstadt bis zum 31. Dezember 2019 von dieser so angerechnet, als ob sie bei ihr zurückgelegt worden wären. Entsprechendes gilt für die Anrechnung der bei der TU Darmstadt zurückgelegten Zeiten bei einem Wechsel in den Landesdienst. Die Beschäftigten der TU Darmstadt dürfen Einrichtungen und Angebote des Landes im gleichen Umfang und zu gleichen Bedingungen in Anspruch nehmen wie Bedienstete der anderen Hochschulen des Landes.</p> <p>(7) Die TU Darmstadt gewährleistet zur Sicherung der Ansprüche auf eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Beschäftigten, dass die für eine Beteiligungsvereinbarung mit der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder auf grund deren Satzung geforderten tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden und erhalten bleiben.</p> <p>(8) Die Kosten der Versorgungsleistungen der ab 1. Januar 2010 aus dem Dienst der TU Darmstadt ausscheidenden Beamtinnen und Beamten, der Beiträge zur Nachversicherung und der Beihilfeleistungen übernimmt das Land solange und in dem Umfang, wie das bei anderen Hochschulen des Landes erfolgt. Soweit der Umfang des bestehenden Stellenplans ausgeweitet wird, sind kostendeckende Zahlungen an das Land zu leisten. Für die Einstellung und Versetzung von Beamten in den Dienst der TU Darmstadt gilt § 48 der Landeshaushaltsordnung entsprechend.</p> <p>(9) Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Präsidentin oder des Präsidenten ist die Vorsitzende</p>
--	--

<p>enthalten. Der Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten zur Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums bedarf der Bestätigung des Hochschulrates. Das Ministerium kann das vorsitzende Mitglied des Hochschulrats mit der Verhandlung der Vergütung für die hauptberuflichen Mitglieder des Präsidiums beauftragen.</p>	<p>Vorschlag der Präsidentin oder der Präsidenten zur Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums bedarf der Zustimmung des Hochschulrats. Das Ministerium kann das vorsitzende Mitglied des Hochschulrats mit der Verhandlung der Vergütung für die Präsidentin oder den Präsidenten beauftragen.</p>	<p>Beteiligung an von § 63 HHG abweichenden Berufungsverfahren vorsieht. In Abs. 3 Satz 2 wird aufgrund der positiven Erfahrungen bei der Stiftungsuniversität Frankfurt am Main die Bildung einer Findungskommission für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten durch den Hochschulrat unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern des Senats vorgesehen. Abs. 4 greift einige sich aus praktischen Erfahrungen bei der Auswahl der Mitglieder des Hochschulrats ergebende Änderungen auf und entspricht im Übrigen dem bisherigen Abs. 5. Der bisherige Abs. 6 kann entfallen, da eine solche Regelung systematisch in der Grundordnung der TU Darmstadt getroffen werden kann.</p>
<p>(4) Der Hochschulrat wirkt außerdem bei folgenden Angelegenheiten mit: 1. Verteilung der der Hochschule zur Verfügung stehenden Ressourcen, 2. Berufungsverfahren und Grundsatzfragen des wissenschaftlichen Nachwuchses.</p>	<p>(4) Dem Hochschulrat gehören zehn Mitglieder an, die von der Landesregierung bestellt werden. Der Hochschulrat wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Für die Hälfte der Mitglieder hat die TU Darmstadt nach Maßgabe der Grundordnung das Vorschlagsrecht. Angehörige der Hessischen Landesregierung, hessischer Ministerien sowie Mitglieder hessischer Hochschulen oder Persönlichkeiten, die in den vorhergehenden fünf Jahren Mitglied der TU Darmstadt gewesen sind, können nicht bestellt werden. Für Mitglieder des Hochschulrats, die nicht im Landesdienst stehen, kann die Hochschule die Zahlung einer Aufwandsentschädigung vorsehen. Die Mitglieder des Hochschulrats sind ehrenamtlich tätig. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Landesregierung kann an den Sitzungen des Hochschulrats mit Rede- und Antragsrecht teilnehmen.</p>	<p>stetig TU-Angehörige als besetzend</p>
<p>(5) Dem Hochschulrat gehören bis zu zehn Mitglieder an, die von der Landesregierung bestellt werden. Über den Vorsitz entscheidet der Hochschulrat. Für die Hälfte der Mitglieder hat die TU Darmstadt nach Maßgabe der Grundordnung das Vorschlagsrecht. Angehörige der Hessischen Landesregierung, hessischer Ministerien sowie Mitglieder hessischer Hochschulen oder Persönlichkeiten, die in den vorhergehenden fünf Jahren Mitglied der TU Darmstadt gewesen sind, können nicht bestellt werden. Für Mitglieder des Hochschulrats, die nicht im Landesdienst stehen, kann das Ministerium die Zahlung einer Aufwandsentschädigung vorsehen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Landesregierung kann an den Sitzungen des Hochschulrats mit Rede- und Antragsrecht teilnehmen.</p>	<p>(4) Dem Hochschulrat gehören zehn Mitglieder an, die von der Landesregierung bestellt werden. Der Hochschulrat wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Für die Hälfte der Mitglieder hat die TU Darmstadt nach Maßgabe der Grundordnung das Vorschlagsrecht. Angehörige der Hessischen Landesregierung, hessischer Ministerien sowie Mitglieder hessischer Hochschulen oder Persönlichkeiten, die in den vorhergehenden fünf Jahren Mitglied der TU Darmstadt gewesen sind, können nicht bestellt werden. Für Mitglieder des Hochschulrats, die nicht im Landesdienst stehen, kann die Hochschule die Zahlung einer Aufwandsentschädigung vorsehen. Die Mitglieder des Hochschulrats sind ehrenamtlich tätig. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Landesregierung kann an den Sitzungen des Hochschulrats mit Rede- und Antragsrecht teilnehmen.</p>	
<p>(6) Bei Abstimmungen mit Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag.</p>		
<p>(7) Hochschulrat und Senat beraten mindestens einmal jährlich Angelegenheiten, die für die Hochschule von grundsätzlicher Bedeutung sind, in gemeinsamer Sitzung.</p>	<p>(5) Hochschulrat und Senat beraten mindestens einmal jährlich Angelegenheiten, die für die Hochschule von grundsätzlicher Bedeutung sind, in gemeinsamer Sitzung.</p>	

	(5) Die Hochschule hat geeignete Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung zu ergreifen.	Eigentums an Grundstücken des Landes nach dem Vorbild der Stiftungsuniversität.
ZWEITER TEIL Organisation		
§ 5 Organisationsstruktur	§ 5 Organisationsstruktur	
Die TU Darmstadt kann in der Grundordnung eine vom Hessischen Hochschulgesetz abweichende Organisationsstruktur festlegen.	Die TU Darmstadt kann in der Grundordnung mit Genehmigung des Ministeriums eine vom Hessischen Hochschulgesetz abweichende Organisationsstruktur festlegen.	Nach § 5 unterliegt die Grundordnung der TU Darmstadt einem allgemeinen Genehmigungsvorbehalt des Ministeriums. Diese Abweichung von § 11 Abs. 1 Nr. 1 des Hessischen Hochschulgesetzes folgt daraus, dass die TU in ihrer Grundordnung ohne die inhaltliche Beschränkung des § 31 Abs. 2 HHG vom HHG abweichende Regelungen zur Organisationsstruktur treffen kann.
§ 6 Hochschulrat	§ 6 Hochschulrat	
<p>(1) Der Hochschulrat hat ein Initiativrecht zu grundsätzlichen Angelegenheiten, insbesondere in Fragen der Hochschulentwicklung, und übt Kontrollfunktionen aus. Er wirkt nach Maßgabe der Grundordnung bei der Verteilung der der Hochschule zur Verfügung stehenden Ressourcen mit.</p> <p>(2) Der Zustimmung des Hochschulrats bedürfen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Entwicklungsplanung, 2. die Satzungen nach § 2 Abs. 4. <p>(3) Der Hochschulrat wirkt an der Bestellung der Mitglieder des Präsidiums mit. Für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten bildet er unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern des Senats eine Findungskommission und erstellt einen Wahlvorschlag; dieser soll mehrere Namen enthalten. Der</p>	<p>(1) Der Hochschulrat hat ein Initiativrecht zu grundsätzlichen Angelegenheiten, insbesondere in Fragen der Hochschulentwicklung, und übt Kontrollfunktionen aus. Er wirkt nach Maßgabe der Grundordnung bei der Verteilung der der Hochschule zur Verfügung stehenden Ressourcen mit.</p> <p>(2) Der Zustimmung des Hochschulrats bedürfen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Entwicklungsplanung, 2. die Satzungen nach § 2 Abs. 4. <p>(3) Der Hochschulrat wirkt an der Bestellung der Mitglieder des Präsidiums mit. Für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten bildet er unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern des Senats eine Findungskommission und erstellt einen Wahlvorschlag; dieser soll mehrere Namen enthalten. Der</p>	<p>§ 6 Abs. 1 Satz 2 entspricht dem bisherigen § 6 Abs. 4 Nr. 1. Im Übrigen entfällt der bisherige Abs. 4 in Einklang mit dem Wegfall des bisherigen § 3 Abs. 3, da eine Befassung des Hochschulrats mit regulären, nicht von § 63 HHG abweichenden Berufungen sich als nicht notwendig erwiesen hat.</p> <p>Abs. 2 Nr. 1 wurde an die Terminologie des § 7 HHG angepasst. Abs. 2 Nr. 2 ist eine Folgeänderung aufgrund der neu geschaffenen Kompetenzen zur Abweichung durch Satzungen in § 2 Abs. 4 und entspricht der Regelung in § 86 Abs. 4 Nr. 1 HHG zur Stiftungsuniversität Frankfurt am Main. Die im bisherigen § 6 Abs. 2 Nr. 2 enthaltene Regelung ist entbehrlich geworden, da nunmehr ein allgemeines Zustimmungserfordernis des Hochschulrats zu Satzungen besteht, welche von § 63 HHG abweichende Berufungsverfahren ermöglichen. Der Hochschulrat kann im Rahmen der Ausübung dieses Zustimmungsrechts sicherstellen, dass die Satzung seine ausreichende</p>

<p>tät,</p> <p>3. das Qualitätsmanagement (Evaluation, Benchmarking, Akkreditierung),</p> <p>4. die Einrichtung und Aufhebung von Fachbereichen sowie die Einführung und Einstellung von Studiengängen unter Berücksichtigung der vom Hochschulrat beschlossenen Struktur- und Entwicklungsplanung,</p> <p>5. die Genehmigung der Satzungen (Studien- und Prüfungsordnungen, Benutzungsordnungen, Gebührenordnungen, Geschäftsordnungen),</p> <p>6. die Struktur- und Entwicklungsplanung für die Technische Universität,</p> <p>7. die Budgetplanung einschließlich der Personal- und Investitionsplanung,</p> <p>8. die Verteilung der Haushaltsmittel,</p> <p>9. die Erstellung der Leistungsberichte sowie der Jahresbilanz,</p> <p>10. der Beschluss über Abweichungen vom Berufungsverfahren nach § 3 Abs. 2.</p>	<p>tät,</p> <p>3. das Qualitätsmanagement,</p> <p>4. die Einrichtung und Aufhebung von Fachbereichen sowie die Einführung und Einstellung von Studiengängen,</p> <p>5. die Genehmigung der Satzungen (Studien- und Prüfungsordnungen, Benutzungsordnungen, Gebührenordnungen, Geschäftsordnungen),</p> <p>6. die Entwicklungsplanung (Struktur- und Entwicklungsplanung einschließlich der baulichen Entwicklungsplanung),</p> <p>7. die Budgetplanung einschließlich der Personal- und Investitionsplanung,</p> <p>8. die Verteilung der Haushaltsmittel,</p> <p>9. die Erstellung der Leistungsberichte sowie der Jahresbilanz,</p> <p>10. der Beschluss über Abweichungen vom Berufungsverfahren nach § 2 Abs. 4 Nr. 1.</p>	
<p>(5) Die Präsidentin oder der Präsident ist zuständig für:</p> <p>1. die Vertretung der Technischen Universität Darmstadt nach außen,</p> <p>2. die Dienstvorsetzeneigenschaft,</p> <p>3. den Vorsitz des Präsidiums,</p> <p>4. die Berufung von Professorinnen oder Professoren im Benehmen mit dem Präsidium,</p> <p>5. die Führung der Berufungs- und Bleibeverhandlungen,</p> <p>6. die Vorschläge für die Besetzung der Vizepräsidentenämter und das Amt der Kanzlerin oder des Kanzlers.</p>	<p>(5) Die Präsidentin oder der Präsident vertritt die Hochschule nach außen. Sie oder er ist zuständig für die Berufung von Professorinnen oder Professoren im Benehmen mit den übrigen Mitgliedern des Präsidiums und führt die Berufungs- und Bleibeverhandlungen. Die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie die Kanzlerin oder der Kanzler werden auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten gewählt.</p>	

§ 7 Präsidium	§ 7 Präsidium	
<p>(1) Das Präsidium (Leitung der TU Darmstadt) ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch dieses Gesetz einem anderen Organ übertragen sind. Es leitet die Hochschule, fördert unter Beteiligung des Hochschulrates mit den anderen Organen, den Fachbereichen, den Mitgliedern und Angehörigen ihre zeitgerechte innere und äußere Entwicklung und legt jährlich vor dem Hochschulrat und vor dem zuständigen zentralen Kollegialorgan Rechenschaft über die Geschäftsführung ab.</p> <p>(2) Dem Präsidium gehören die Präsidentin oder der Präsident, die Kanzlerin oder der Kanzler und die Vizepräsidentinnen und -präsidenten an. Neben der Abwahl nach § 45 Abs. 5 des Hessischen Hochschulgesetzes kann die Präsidentin oder der Präsident auf Vorschlag des Hochschulrates mit der Mehrheit der Mitglieder des zuständigen zentralen Kollegialorgans abgewählt werden.</p>	<p>(1) Das Präsidium (Leitung der TU Darmstadt) ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch dieses Gesetz einem anderen Organ übertragen sind. Es leitet die Hochschule, fördert unter Beteiligung des Hochschulrates mit den anderen Organen, den Fachbereichen, den Mitgliedern und Angehörigen ihre zeitgerechte innere und äußere Entwicklung und legt jährlich vor dem Hochschulrat und vor dem zuständigen zentralen Kollegialorgan Rechenschaft über die Geschäftsführung ab.</p> <p>(2) Dem Präsidium gehören die Präsidentin oder der Präsident, die Kanzlerin oder der Kanzler und die Vizepräsidentinnen und -präsidenten an.</p>	<p>Die Abs. 3 bis 5 enthalten einige redaktionelle Änderungen. Daneben wurde in Abs. 4 Nr. 6 die hochschulinterne Zuständigkeit für die Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschule im Rahmen der Entwicklungsplanung im Sinne des § 7 HHG terminologisch an diese Vorschrift im HHG angepasst geregelt. Der Begriff der baulichen Entwicklungsplanung umfasst dabei lediglich baubezogene Grundfragen, die in engem Zusammenhang mit der Struktur- und Entwicklungsplanung stehen.</p>
<p>(3) Die Präsidentin oder der Präsident bestimmt die Richtlinien für die Arbeit des Präsidiums. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jedes Mitglied des Präsidiums seinen Geschäftsbereich selbstständig (Ressortprinzip). Die Präsidentin oder der Präsident legt die Ressortzuständigkeit innerhalb des Präsidiums fest. Über die Geschäftsverteilung im Übrigen entscheidet das Präsidium auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten.</p>	<p>(3) Die Präsidentin oder der Präsident führt den Vorsitz im Präsidium und bestimmt die Richtlinien für die Arbeit des Präsidiums. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jedes Mitglied des Präsidiums seinen Geschäftsbereich selbstständig (Ressortprinzip). Die Präsidentin oder der Präsident legt die Ressortzuständigkeit innerhalb des Präsidiums fest. Über die Geschäftsverteilung im Übrigen entscheidet das Präsidium auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten.</p>	<p>Abs. 2 Satz 2 entfällt, da der materielle Gehalt der Regelung in das Hochschulgesetz Eingang gefunden hat. Hinsichtlich der Zuständigkeit können Abweichungen von den Regelungen in § 39 Abs. 7 HHG zur Abwahl der Präsidentin oder des Präsidenten auf Grundlage von § 5 in der Grundordnung festgelegt werden.</p>
<p>(4) Zu den Aufgaben des Präsidiums gehören insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Abschluss der Zielvereinbarungen mit dem Ministerium, 2. der Abschluss der Zielvereinbarungen mit den Fachbereichen und Einrichtungen der Universi- 	<p>(4) Zu den Aufgaben des Präsidiums gehören insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Abschluss der Zielvereinbarungen mit dem Ministerium, 2. der Abschluss der Zielvereinbarungen mit den Fachbereichen und Einrichtungen der Universi- 	

DRITTER TEIL Schlussbestimmungen		DRITTER TEIL Schlussbestimmungen	
<p>§ 8 Begleitende Evaluation</p> <p>Durch eine Vereinbarung zwischen der TU Darmstadt und dem Ministerium werden die Einzelheiten der kontinuierlichen Evaluation der Anwendung des Gesetzes festgelegt. Die Präsidentin oder der Präsident berichtet jährlich gegenüber dem Parlament über den Stand der Evaluation. Spätestens nach vier Jahren soll ein Gesamtbericht vorliegen. Die Evaluationsergebnisse werden laufend darauf überprüft, ob eine Übertragung auf die Regelungen für andere Hochschulen des Landes Hessen möglich und sinnvoll ist.</p>		<p>§ 8 Berichterstattung</p> <p>Die Präsidentin oder der Präsident berichtet jährlich gemeinsam mit der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Hochschulrates gegenüber dem Parlament über den Stand der Entwicklung der TU Darmstadt.</p>	<p>Die Bestimmungen in § 8 zur Evaluation und Berichterstattung wurden auf den wesentlichen Kern, den jährlichen Bericht an den Landtag, gekürzt. Eine im bisherigen Satz 4 vorgesehene Evaluation der Übertragbarkeit der Regelungen auf andere Hochschulen ist durch die Befristung des Gesetzes sichergestellt und bedarf daher keiner weiteren Regelung.</p>
<p>§ 9 Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen</p> <p>Studien- und Prüfungsleistungen aus gestuften Studiengängen für ein berufliches Lehramt, die mit dem Grad eines Masters an der Technischen Universität Darmstadt abschließen, können der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen gleich gestellt werden. § 60 Abs. 3 bis 5 des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes vom 29. November 2004 (GVBl. I S. 330) gilt entsprechend.</p>		<p>§ 9 Ministerium</p> <p>Ministerium nach diesem Gesetz ist das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.</p>	<p>Der bisherige § 9 entfällt, da gestufte Studiengänge im Rahmen der Ausbildung für ein berufliches Lehramt inzwischen nicht mehr die Ausnahme, sondern der Regelfall an den hessischen Hochschulen sind. Die Auswirkungen der Umstellung auf gestufte Studiengängen auf die Ausbildung zum Berufsschullehramt werden daher bei der Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes berücksichtigt. Die Aufnahme einer Definition des Ministeriums im Sinne des Gesetzes dient der Klarstellung.</p>
<p>§ 10 In-Kraft-Treten; Außer-Kraft-Treten</p> <p>Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2005 in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.</p>		<p>§ 10 Inkrafttreten, Außerkrafttreten</p> <p>Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2005 in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2014 außer Kraft.</p>	